

P R e s s e

S P i e g e l

Polen - Pressespiegel 25/2023 vom 22.06.2023

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Prof. Jan Zimmermann: Nach „Lex Tusk“ ist Polen kein Rechtsstaat mehr*
- *Brüssel ist besorgt über die polnischen Wahlen. Wird es eine OSZE-Beobachtungsmission geben?*
- *Das Referendum über Einwanderer soll der PiS zum Wahlsieg verhelfen. Wir enthüllen die Hintergründe*
- *Umfragen vor den Wahlen: ein Pyrrhussmarsch für die Opposition*
- *Welches Interesse hat die PiS daran, Polen zu entvölkern?*
- *Michalik an die Oppositionspolitiker: Fallen Sie nicht darauf herein wie die letzten Naiven*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Prof. Jan Zimmermann: Nach „Lex Tusk“ ist Polen kein Rechtsstaat mehr



Prof. Jan Zimmermann Quelle: wyborcza.pl

„Die ‚Lex Tusk‘ ist weder ein Gesetz noch ein Rechtsakt. Aus gesetzgeberischer Sicht ist sie eine komplette Nullnummer. Ich schaue mir diese Schöpfung an und muss sagen, dass es dann keinen demokratischen Rechtsstaat mehr gibt, es gibt keine Demokratie“, meint der ehemalige Förderer von Andrzej Duda und einer der wichtigsten polnischen Spezialisten für Verwaltungsrecht.

Jan Zimmermann (1949) - Dozent an der Jagiellonen-Universität. Leiter des Lehrstuhls für Verwaltungsrecht an der Fakultät für Recht und Verwaltung der Jagiellonen-Universität von 2002 bis 2019. Doktorvater des derzeitigen Präsidenten Andrzej Duda.

Jarosław Sidorowicz: Schämen Sie sich für Andrzej Duda...?

Prof. Jan Zimmermann: Ich schäme mich. Ich schäme mich seit dem Beginn seiner Präsidentschaft, als er mit der Begnadigung von Mariusz Kaminski und Maciej Wąsik die ersten verfassungsfeindlichen Schritte unternahm. Im Laufe der Jahre hat er die Verfassung, gelinde gesagt, immer wieder mit Füßen getreten. Nur gelegentlich hat er sich auf sie als Fundament der Rechtsstaatlichkeit berufen, aber das war meiner Meinung nach nur Heuchelei. Ich muss sagen, als es um den Krieg in der Ukraine ging, habe ich ihn geschätzt, weil er sich nicht darin verloren hat, sondern sehr richtig reagiert hat. Und jetzt hat er mit seiner Unterschrift unter „Lex Tusk“ alles zerstört. Er hat auch seine Karriere zerstört. Ich weiß nicht, was für ein Druck auf ihn ausgeübt wurde, aber indem er diese Gesetzesänderung noch einreichte, hat er sich völlig verstrickt. Er selbst hat seine Autorität untergraben. Und er wird aus eigener Kraft nicht mehr herauskommen.

Ich schäme mich also für ihn, aber in gewisser Weise tut es mir auch menschlich ein wenig leid, denn schließlich war er viele Jahre lang mein Assistent. Wir waren befreundet, er kam oft zu mir, um sich zu treffen. Das waren gute Jahre. Als er in die Politik ging, hat er sich völlig verändert. Jetzt ist er so weit weg, dass ich keine Zukunft für ihn sehe, weder in Polen noch in der Welt. Schließlich wird er nicht an die Universität zurückkehren, er hat in der Welt nichts zu suchen. Ich weiß nicht, was er nach der Präsidentschaft machen wird.

Er war also kein besonders fleißiger Student?

Nein, ganz im Gegenteil. Er war ein sehr guter Student und Doktorand, sodass er als Assistent in der Abteilung, in der ich arbeitete, eingestellt wurde. Nach den damaligen Vorschriften musste er seine Promotion innerhalb von acht Jahren abschließen. Und das hat er getan, und ich muss mit gutem Gewissen sagen, dass es eine anständige Doktorarbeit war, ich habe keine Vorbehalte dagegen. Er hat sie in einem Buch veröffentlicht, das noch heute zitiert wird. Ich kann also wiederholen: Seine Doktorarbeit ist zumindest gut. Das heißt aber nicht, dass er ein guter Jurist ist, wenn er nicht sieht, dass er gegen die Verfassung verstößt. Er hat einen präsidialen Eid abgelegt, aber auch einen Doktoreid, dass er bei der Wahrheit bleiben wird. Und was er jetzt tut, steht im Widerspruch zur Wahrheit.

[...]

Wenn man die fast acht Jahre der Präsidentschaft von Andrzej Duda betrachtet, fällt es schwer, an Mut als Charaktereigenschaft zu glauben....

Ich habe mich auf diesen Mut bezogen, indem ich einfach seine Haltung an der Universität charakterisiert habe. Er hat sich in Übungen und Seminaren mutig zu Wort gemeldet. Damals zählte seine Stimme. Als er Politiker wurde, wurde er immer weniger mutig. Ich bin kein Psychologe, aber mein Eindruck ist, dass er ein schwacher Mann wurde, anfällig für den Einfluss anderer. Als er Zbigniew Ziobro, dann Lech Kaczyński und nach der Smolensk-Katastrophe Jarosław Kaczyński unterstellt war, haben sie ihn alle nacheinander beeinflusst, und er hat sich gefügt. Und je stärker dieser politische Einfluss wurde, desto gehorsamer wurde Andrzej Duda. Denn wenn man sich seine Präsidentschaft anschaut, dann hat er zwar manchmal ein Veto eingelegt, sich selbstständig gemacht, aber im nächsten Moment hat er wieder ein schädliches Gesetz unterschrieben. Und obwohl er anfangs, sich in ukrainischen Fragen wie ein Staatsmann zu verhalten, hat er mit seiner Unterschrift unter der „Lex Tusk“ wieder alles mit Füßen getreten. Von Mut kann hier nicht mehr die Rede sein. Ich will nicht sagen, dass er ein Feigling ist, denn das wäre ihm gegenüber unfair, aber er ist ein schwacher und unterwürfiger Mann. Und er weiß nicht, wie er damit umgehen soll. Ich habe menschlich Mitleid mit ihm, denn er ist völlig eingeknickt.

Schließlich muss sich Andrzej Duda in seiner zweiten Amtszeit nicht um eine Wiederwahl bemühen, und es wurde prophezeit, dass dies eine Chance für ihn ist, sich selbstständig zu machen. Warum also das Zögern des Präsidenten?

Duda ist so ein Mann. Er ist schwach, er hat es nicht geschafft. Wenn die Nowogrodzka-Straße [die PiS-Zentrale] anruft, tut er, was man ihm sagt, wenn Präsident Biden ihm etwas sagt, tut er wiederum etwas anderes, seine Frau hat ihm wahrscheinlich auch etwas zu sagen. Er ist unter Beschuss. Er ist instabil geworden, zu schwach, daher seine Versuche: ein Schritt vor, dann zwei Schritte zurück. Ständig so wackelig. Ich weiß nicht, wie er da wieder herauskommen soll. Dazu kommt, dass er es nicht geschafft hat, seine Leute richtig zu führen. Was übrigens für die gesamte PiS-Mannschaft gilt, da gibt es nicht genug Leute, die ein bestimmtes Niveau haben.

Als Andrzej Duda sich mit Bronisław Komorowski ein Duell um die Präsidentschaft lieferte, hatten Sie da ein Dilemma, wen Sie wählen sollten?

Nein, das hatte ich nicht. Ich habe für Komorowski gestimmt, obwohl ich auch ihm gegenüber Vorbehalte hatte. Ich habe mir nur gedacht: „Unser Assistent hat uns in den Sitzungen den Tee serviert und die Gläser gespült, das gibt es nicht. Unser Andilein wird jetzt Präsident von Polen?!“. [...]

Wir waren wirklich Freunde. Wir haben einander unterstützt, wenn es jemandem in der Familie gesundheitlich schlecht ging. [...]

Und dann, als ich ihn zum ersten Mal in einem Interview mit TVN zur Begnadigung von Kaminski und Ważik kritisierte, hörte er auf anzurufen. Er hat meine Nummer blockiert. Wir haben also keinen Kontakt, nicht einmal Weihnachtswünsche. Als meine Frau vor zwei Jahren starb, hat er mir nicht einmal sein Beileid ausgesprochen, obwohl er meine Frau sehr gut kannte.

Traurig...

Traurig, weil es mehr von diesen Beziehungen gab. [...]

Der stellvertretende Justizminister Michal Woś war auch mein Magisterstudent. Vor nicht allzu langer Zeit hat er bei mir eine hervorragende Magisterarbeit geschrieben, sein Magisterexamen war beeindruckend. Was er jetzt macht, ist inakzeptabel.

Sie haben persönlich an Andrzej Duda appelliert, sein Veto gegen Gesetze einzulegen, die das Justizsystem zerstören. Aber er hat nicht darauf gehört...

Ich wurde sogar gedrängt, einen offenen Brief an ihn zu schreiben. Jetzt übrigens auch vor ‚Lex Tusk‘. Aber ich habe beschlossen, dass das sinnlos ist.

Warum hat der Präsident Ihrer Meinung nach die „Lex Tusk“ so schnell unterzeichnet? Er hatte doch Zeit, darüber nachzudenken.

Das ist unvorstellbar, denn es waren ja nur zwei Tage. Bereits am Sonntag erklärte sein Vertreter in der Sendung „Kawa na ławę“ [„Klartext reden“], dass die Entscheidung bald fallen würde. Am nächsten Tag schalte ich den Fernseher ein und kann nicht glauben, was ich sehe. Ich war erstaunt, als ich hörte, dass Duda die „Lex Tusk“ unterzeichnet hatte.

Haben Sie gedacht, der Präsident würde sein Veto einlegen?

Ja. Ich habe gehofft, dass eine bestimmte Grenze nicht überschritten wird. Denn was er getan hat, ist nicht nur ungesetzlich, sondern auch unethisch und unmoralisch. Unwürdig für einen Präsidenten. Und dann ist es pure Heuchelei. [...]

Sie haben die ‚lex Tusk‘ analysiert. Juristen weisen darauf hin, dass es mindestens 13 Verfassungsverstöße gibt.

Ich denke, es spielt keine Rolle, ob es dreizehn oder mehrere Beispiele für Verstöße sind. Einer reicht. Das ist etwas so Kardinales.... Dort ist nichts von der Verfassung. Es ist weder ein Gesetz noch ein Akt. Vom Standpunkt der Gesetzgebung aus gesehen ist sie eine absolute Null. Wenn ich mir diese Schöpfung anschau, dann muss ich sagen, es gibt dann keinen demokratischen Rechtsstaat mehr, es gibt keine Demokratie mehr. Diese Euphemismen, die ich höre, dass wir auf das Ende der Demokratie zusteuern oder dass wir uns auf dem Weg zum Autoritarismus befinden, entsprechen nicht der Realität. Wir haben keine Demokratie mehr. Die Demokratie war der Marsch am 4. Juni. Auf der Seite der Macht gibt es keine Demokratie. Wir haben einen Autoritarismus.

[...]

Ist die Gesetzesnovelle ein Versuch, sich zurückzuziehen?

Es handelt sich nicht um eine Gesetzesnovelle, aus gesetzgeberischer Sicht ist es nicht einmal die richtige Form des Gesetzes. Die drei Änderungen, die der Präsident an der ursprünglichen Fassung vorschlägt, bringen keine Rettung. Die erste besteht darin, dass dem Ausschuss keine Abgeordneten angehören werden. Aber die PiS kann ja ihre eigenen Leute in den Ausschuss entsenden. Es werden sich neun Personen finden. Es war die Rede von Kurski, Cenckiewicz. Es spielt also überhaupt keine Rolle, dass sie

keine Abgeordneten sind. Außerdem ist das Wichtigste, dass die Mitglieder des Ausschusses nach wie vor keiner Rechenschaftspflicht unterliegen.

Was den Entzug von Rechtsmitteln angeht: Stattdessen gibt es eine Entscheidung des Ausschusses, dass die betreffende Person keine Gewähr für ein ordnungsgemäßes Verhalten im öffentlichen Raum bietet. Das ist eine Schwarze Liste. Es ist eine Verurteilung, denn die überwiegende Mehrheit der Gesetze besagt, dass eine Person, die im öffentlichen Dienst tätig ist, einen tadellosen Charakter haben und eine Garantie für Integrität bieten muss. Wenn ihm diese Garantie entzogen wird, ist das noch schlimmer als ein vorheriger Ausschluss für 10 Jahre. Denn es ist ein Stempel für immer.

Es handelt sich also um ein Femgericht?

Das könnte man so sagen. Denn es ist klar, dass diese ganze Kommission auf die Opposition abzielt, wie diese plötzliche Eile, sie noch vor den Wahlen einzurichten, beweist.

[...]

Vielleicht ist das Gesetz absichtlich so geschrieben, dass es keinen konkreten Anhaltspunkt gibt?

Ja, natürlich. Und das könnte für jeden gelten, nicht nur für Tusk.

Kann man von Andrzej Duda noch sagen, dass er als Präsident formell der Hüter der Verfassung ist?

Er ist kein Hüter. Er hat einen Eid auf die Verfassung geschworen, aber das war's. Als Hüter soll er dafür sorgen, dass sie respektiert wird, aber das tut er keinen Augenblick. Er verstößt ständig gegen sie.

[...]

Der Oberste Gerichtshof hat gerade den Fall Kaminski und Wąsik an das Bezirksgericht zurückverwiesen. Wird dieses Urteil den Präsidenten davon abhalten, das Gesetz weiter auszuhebeln?

Es ist offensichtlich, dass dies nicht der Fall sein wird. Ich glaube natürlich nicht, dass er ein unehrlicher Mensch ist, ein Zyniker. Er hat einen gewissen Wert an sich. Aber er hat sich verstrickt, er ist in einen Sumpf geraten, in dem er zappelt. Nur so stark, dass er nicht ganz ertrinkt. Und er wird sich auf das Urteil des Verfassungsgerichts berufen. Wie auch immer, das Urteil des Verfassungsgerichts ist ein anderes Thema. [...]

Sind wir denn noch ein Rechtsstaat?

Nein, das sind wir nicht. Prof. Łętowska hat vor 10 Jahren ein Buch mit dem Titel „Rzeźbienie państwa prawa“ [„Meißeln eines Rechtsstaates“] geschrieben. Ich schätze es sehr. Aber um zu meißeln, braucht man Material. Das gibt es jetzt nicht mehr. Es gibt nicht einmal mehr etwas zum Schnitzen. Es hat eine völlige Instrumentalisierung des Rechts stattgefunden, das nicht für die Öffentlichkeit da ist, sondern nur dazu dient, ein politisches Ziel der Machthaber zu erreichen. Es gibt kein Verfassungsgericht, keine ordnungsgemäß gewählten Richter, keinen Präsidenten, der die Verfassung respektiert, keine Regierung, die nicht lügt. Es gibt Mechanismen, um Geld aus dem Haushalt zu nehmen und ihn wie eine Blase zu behandeln. Und es gibt keine Dreiteilung der Macht mehr. Diese Elemente sind charakteristisch für einen demokratischen Staat.

Warum ist es der PiS so leicht gelungen, das rechtsstaatliche System in Polen zu demontieren?

Weil sich der Durchschnittsbürger nicht viel daraus macht. Das interessiert Anwälte, Journalisten, ein bisschen die Intelligenz. Und der durchschnittliche Kowalski hat Inflation, hohe Preise. Er sieht, wie das Gesundheitswesen funktioniert. Vor Gericht interessiert er sich vor allem dafür, warum die Dinge so lange dauern. Nicht aber ob es verfassungsgemäß ist, ob die Urteile der europäischen Gerichte respektiert

werden. Es ist offensichtlich ein Fehler der Eliten, dass sie die Bedeutung des Rechts, der Justiz, nicht schon vorher erklärt haben. Was ist also von weniger gebildeten Menschen zu erwarten?

Donald Tusk sprach auf dem Marsch in Warschau von Rechenschaftspflicht als eine der ersten Maßnahmen nach der Regierungsübernahme durch die Opposition. Sollte sich Andrzej Duda vor dem Staatsgerichtshof verantworten?

Ja, natürlich. Er muss sich vor dem Staatsgerichtshof verantworten, weil er gegen die Verfassung verstoßen hat. Folglich sollte er kein öffentliches Amt bekleiden. Aber welche Ämter kann er in Polen bekleiden? Er hat es nicht geschafft, das höchste Amt zu bekleiden, was kann er sonst noch tun? Was die anderen betrifft, z. B. die Mitglieder der Regierung, so sehe ich sogar die Möglichkeit eines Strafverfahrens. Die Staatsanwaltschaft sollte z. B. die Immobilienangelegenheiten des Ministerpräsidenten, Wahlumschläge, Geldausgaben außerhalb des Haushalts untersuchen....

[...]

Sehen Sie heute noch Raum für ein Gespräch mit Andrzej Duda?

Ich bin in keiner Weise beleidigt. Ich bin offen für jedes Gespräch, wenn er dazu bereit ist. Allerdings hat mir eine ihm nahestehende Person erzählt, dass sie mit Andrzej gesprochen und ihn gefragt hat, ob er sich noch mit mir versöhnen wolle. Er hat geantwortet: „Noch nicht“. Ich weiß nicht, was das bedeutet. Aber irgendwo ist in mir noch ein Element der Zuneigung, und er hat es wahrscheinlich auch irgendwo. Ich bin immer bereit, ihm die Hand zu reichen.

Zsfg.: JP

<https://krakow.wyborcza.pl/krakow/7,44425,29860036,prof-jan-zimmermann-po-lex-tusk-polska-nie-jest-juz-panstwem.html#S.PW-K.C-B.1-L.4.maly>



www.mleczko.pl

DIESE VERFLUCHTE EWIGKEIT!

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Brüssel ist besorgt über die polnischen Wahlen. Wird es eine OSZE-Beobachtungsmission geben?



Quelle: wyborcza.pl

Von **Tomasz Bielecki** Deutsche Welle

Die Europäische Kommission unterstützt die Forderung nach einer OSZE-Beobachtungsmission zu den polnischen Wahlen. Sie kündigt rasche Maßnahmen an, falls Polen dem Urteil des EuGH zum Maulkorbgesetz nicht nachkommt.

Die Bedrohung der Demokratie in Polen war am Mittwoch Thema einer Debatte im Europäischen Parlament. Ministerin Jessica Roswall betonte im Namen der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft, dass Russlands Krieg gegen die Ukraine „deutlich zeigt, dass wir demokratische Prinzipien als klare Alternative zu autoritären Staaten, die internationales Recht und Menschenrechte verletzen, verteidigen müssen.“

Der EU-Kommissar für Rechtsstaatlichkeit, Didier Reynders, begrüßte seinerseits den gemeinsamen Aufruf der fünf wichtigsten Fraktionen des Europäischen Parlaments, eine umfassende OSZE-Beobachtungsmission für die bevorstehenden polnischen Parlamentswahlen zu entsenden.

„Ich möchte außerdem anmerken, dass die Venedig-Kommission [eine Agenda des Europarats] die Wahlbeobachtung für äußerst wichtig hält, da sie es uns ermöglicht festzustellen, ob der Wahlprozess im Einklang mit dem Gesetz stattgefunden hat. Es muss angegeben werden, wann diese Beobachtungsmission stattfinden wird. Es ist zu hoffen, dass sie in möglichst breiter Form stattfindet und sowohl nationale als auch internationale Vertreter einbezieht“, sagte Reynders heute vor dem

Europaparlament.

Die Opposition befürchtet Änderungen des Wahlrechts

Neben der „Lex Tusk“ und dem allgemeinen Zustand der Rechtsstaatlichkeit waren die diesjährigen Änderungen des polnischen Wahlrechts das Thema der Debatte im Europäischen Parlament. Dazu gehören Änderungen bei der Organisation der Wahllokale und der kostenlose Transport für ältere und behinderte Menschen am Wahltag. Die Regierung argumentiert, dass dies die Demokratie stärkt und die Teilnahme der Bürger an der Wahl erleichtert, während die Opposition argumentiert, dass die Änderungen - einschließlich der Einführung einer Kategorie von Gemeinden, die Anspruch auf Beförderung zur Wahl haben - darauf abzielen, die Teilnahme von Wählern aus Gebieten zu fördern, die traditionell die Regierungspartei unterstützen.

„Wir haben ein Wahlgesetz, das auf die Wahlpartei zugeschnitten ist“, argumentierte Róża Thun (Polen 2050) im Namen der Fraktion Renew Europe. Sie verwies auch auf den ungleichen Zugang zu „Medien, die sich selbst als öffentlich bezeichnen“ und auf die Regierungspropaganda in den Print- und Online-Medien, die Orlen gehören.

Die „Lex Tusk“ oder „Kommission für russische Inspirationen“

Reynders erinnerte daran, dass die Europäische Kommission im Rahmen des vor einer Woche eingeleiteten Betrugsbekämpfungsverfahrens „Lex Tusk“ die polnischen Behörden aufgefordert hat, innerhalb von lediglich 21 Tagen auf eine „Aufforderung zur Beseitigung der Fehler“ zu antworten.

„Die Kommission zur Untersuchung des russischen Einflusses sollte 'Kommission zur Untersuchung der russischen Inspiration' heißen, weil sie darauf abzielt, politische Gegner zu beseitigen. Das ist genau das, was Putin in Russland tut“, sagte der niederländische Europaabgeordnete Jeroen Lenaers im Namen der Mitte-Rechts-Fraktion der Europäischen Volkspartei.

Auch Marek Belka, im Namen der Mitte-Links-Fraktion, nannte die in der „Lex Tusk“ vorgesehene Kommission „ein stalinistisches Schurkengericht“. Er sprach von einem „grausamen Witz über die Polen“ seitens der Partei, die kurz vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine eine „Kundgebung der europäischen Anhänger Putins“, d. h. eine Kundgebung der extremen Rechten in Warschau organisierte, an der u.a. Marine Le Pen teilnahm.

Die Europäische Kommission wartet auf die Annahme von Dudas Änderungsanträgen

Reynders teilte den Abgeordneten mit, dass er in den letzten Tagen von Minister Szymon Szykowski vel Sęk Informationen über die Aussetzung der in der „Lex Tusk“ vorgesehenen Kommissionsbildung und die von Präsident Andrzej Duda eingebrachten Änderungen erhalten habe. Allerdings wird die Europäische Kommission mit ihrer offiziellen Bewertung dieser Änderungen - insbesondere im Rahmen von Vertragsverletzungsverfahren - abwarten, bis sie als verbindliches Gesetz zur Änderung der „Lex Tusk“ in Kraft treten.

Es ist erst das zweite Mal, dass sich die Kommission in ihrem Verfahren zur „Lex Tusk“ direkt auf Artikel zwei des EU-Vertrags beruft, in dem die Grundrechte der Europäischen Union definiert sind. Das erste Mal geschah dies vor einigen Wochen im Fall Ungarns, wo die Kommission Artikel Zwei in einer Beschwerde beim EuGH über homophobe „Kinderschutz“-Gesetze anwendete. Im Falle Polens handelt es sich um eine Verletzung des „Demokratieprinzips“, aber darüber hinaus behauptet die Kommission unter anderem, dass durch die „Lex Tusk“ eine Verletzung des „Grundsatzes der Gesetzmäßigkeit und des Rückwirkungsverbots von Sanktionen“ und das „Recht auf wirksamen Rechtsschutz“ aus der EU-Grundrechtecharta sowie der Anforderungen des EU-Rechts zum Schutz personenbezogener Daten vorliegt.

„Dieses Gesetz greift übermäßig in den demokratischen Prozess ein. Die Aktivitäten der Sonderkommission, z.B. Ermittlungen und öffentliche Anhörungen, können dazu führen, dass der Ruf von Wahlkandidaten geschädigt wird und durch die Feststellung der Sonderkommission, dass eine Person

unter russischem Einfluss gehandelt hat, die Wirksamkeit der politischen Rechte der in demokratischen Wahlen Gewählten beeinträchtigt wird“, so begründet die Kommission das Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen.

Beata Szydło (PiS), die im Namen der Fraktion der Konservativen sprach, sah in den „Angriffen auf Polen“ einen Deckmantel für die Europäische Kommission bei ihren Versuchen, das System der EU auf nicht vertragliche Weise umzugestalten. Und auch in der Verfolgung einer „deutschen Vision der EU“ mit u.a. einer Reduzierung des Vetorechts in der Außenpolitik, wie sie kürzlich von Bundeskanzler Olaf Scholz im Europäischen Parlament gefordert wurde. „Es gibt kein Problem mit der Rechtsstaatlichkeit in Polen. Die Opposition hat ein Problem mit sich selbst“, argumentierte Szydło.

Reynders „erschüttert“. Was ist mit dem Maulkorbgesetz?

Bereits während der Beratungen des LIBE-Ausschusses (Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres) des Europäischen Parlaments am Montag gab Kommissar Reynders zu, dass er über die neuen Angriffe von Minister Zbigniew Ziobro auf den EuGH nach dem Urteil zum Maulkorbgesetz in der vergangenen Woche „erschüttert“ sei. Der EU-Gerichtshof bestätigte alle Vorwürfe der Europäischen Kommission, die eine Geldstrafe in Höhe von 556,5 Millionen Euro von Polen eintreiben muss, weil es die Schutzentscheidung des EuGH missachtet hat, das Maulkorbgesetz bis zum Urteil einzufrieren. Reynders sagte den Abgeordneten, dass die Kommission nun die Umsetzung des EuGH-Urteils durch Polen überwachen und bei Nichteinhaltung schnell handeln werde.

Die Antwort Brüssels auf die Sabotage des EuGH-Urteils zum Maulkorbgesetz könnte eine neue Beschwerde beim EuGH sein, verbunden mit einem Antrag auf ein Zwangsgeld oder sogar einem weiteren Antrag auf einstweilige Verfügungen bis zu einem neuen Urteil.

Wie Reynders den LIBE-Ausschuss daran erinnerte, hat der Vizepräsident des EuGH Lars Bay Larsen in der Begründung seiner Entscheidung vom April, das Bußgeld für Polen von einer Million auf eine halbe Million Euro pro Tag zu reduzieren, anerkannt, dass Polen mit der Justizreform vom Juli 2022 (d. h. dem „Duda-Gesetz“) die Mängel des Maulkorbgesetzes teilweise behoben hat. Allerdings haben die polnischen Gerichte immer noch nicht das Recht, die Unabhängigkeit der Richter umfassend und ohne Gefahr eines Disziplinarverfahrens zu prüfen, was auch von Amts wegen erfolgen kann.

Die Unabhängigkeitsprüfung ist auch ein „Meilenstein“ im Nationalen Wiederaufbaufonds. Im vergangenen Dezember erkannte die Europäische Kommission in einer vorläufigen Vereinbarung mit der Regierung von Mateusz Morawiecki an, dass die Anforderungen für eine Unabhängigkeitsprüfung - zumindest für die Anwendung des Wiederaufbaufonds - im Entwurf eines anderen Justizgesetzes erfüllt sind, der jedoch im zerstrittenen Verfassungsgericht feststeckt. Dieser Gesetzentwurf sieht vor, Disziplinar- und Immunitätsverfahren gegen Richter an das Oberste Verwaltungsgericht zu verlagern. Dies wirft eine Kontroverse über die Verfassungsmäßigkeit einer solchen Reform auf, aber die Europäische Kommission will sich - nach inoffiziellen Informationen - nicht mit dieser Frage befassen.

Das Problem Pegasus

Das Europäische Parlament wird an diesem Donnerstag voraussichtlich mit großer Mehrheit die im Mai vom Sonderausschuss PEGA angenommenen Empfehlungen (zur Untersuchung des Einsatzes von Pegasus und ähnlichen Überwachungsprogrammen) annehmen. Neben der Forderung nach Mängeln im rechtsstaatlichen System, die u.a. die Unabhängigkeit der Justiz, die Legitimität des Verfassungsgerichts und die Entpolitisierung der Staatsanwaltschaft betreffen, beinhalten die Empfehlungen an Polen auch praktische Änderungen bei der gerichtlichen Kontrolle der Überwachung.

„Ein Antrag an das Gericht auf operative Überwachung sowie eine gerichtliche Anordnung einer solchen Überwachung sollten eine klare Begründung und eine Angabe der technischen Mittel enthalten, die für die Überwachung verwendet werden sollen. Und als Teil der nachträglichen Kontrolle sollte die Verpflichtung eingeführt werden, die überwachte Person über die Tatsache, den Zeitpunkt, den Umfang und die Art der Verarbeitung der während der operativen Überwachung gewonnenen Daten zu informieren“, heißt es in einer der Empfehlungen für Polen.

Eine weitere Empfehlung für Polen ist die dringende Einführung einer zufälligen Zuteilung von Fällen an Richter für jeden gestellten Überwachungsantrag, „auch an Wochenenden und außerhalb der normalen Arbeitszeiten, um die Auswahl von befreundeten Richtern durch die Geheimdienste zu vermeiden“. Darüber hinaus sollte die Transparenz eines solchen Systems unter anderem dadurch gewährleistet werden, dass der Algorithmus, auf dessen Grundlage die Richter nach dem Zufallsprinzip zugewiesen werden, öffentlich zugänglich gemacht wird.

Im Abschnitt über Polen ihres Berichts betont die PEGA-Kommission, dass der Einsatz von Pegasus in engem Zusammenhang mit dem Wahlsystem gesehen werden muss. „Mehrere Ziele von Pegasus standen in irgendeiner Weise mit den Wahlen in Verbindung: Senator Krzysztof Brejza (Leiter der Wahlkampagne der größten Oppositionspartei), Roman Giertych (Anwalt des Oppositionsführers und ehemaligen Präsidenten des Europäischen Rates Donald Tusk), Ewa Wrzosek (Staatsanwältin, die die Briefwahl bei den Präsidentschaftswahlen untersuchte), Michał Kołodziejczak (Gründer von Agrounia - einer Gruppe, die um dieselbe Wählerschaft wie die Regierungspartei konkurriert)“, heißt es im PEGA-Bericht.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75399,29867348,bruksela-niepokoi-sie-o-polskie-wybory-bedzie-misja-obszewacyjna.html>

Das Referendum über Einwanderer soll der PiS zum Wahlsieg verhelfen. Wir enthüllen die Hintergründe



Quelle: wyborcza.pl

Von **Wojciech Czuchnowski, Agata Kondzińska und Paweł Wroński**

Die PiS möchte, dass ein Referendum über die Zustimmung der Polen zur Umsiedlung von Migranten zusammen mit den Wahlen im Herbst abgehalten wird. Die Partei von Jarosław Kaczyński rechnet damit, die flüchtlingsfeindliche Wählerschaft zu mobilisieren, und bis zu einer Million Stimmen zu „gewinnen“.

Erinnern wir uns: Nach EU-Erkenntnissen sollten wir fast zweitausend Migranten pro Jahr aufnehmen. Die Kosten für die Nichtaufnahme belaufen sich auf fast 40 Millionen Euro (20.000 Euro pro Jahr und Person).

Jarosław Kaczyński: Das ist eine Verhöhnung Polens!

„Die Entscheidung der EU verletze die polnische Souveränität und damit auch die Souveränität anderer europäischer Länder“, sagte der Vorsitzende der PiS, Jarosław Kaczyński, am Donnerstag im Sejm. „Diese Frage ist heute Gegenstand eines umfassenderen Streits, der die Zukunft der Europäischen Union bestimmen wird, er wird auch unsere Zukunft, unsere Entscheidungen bestimmen.“

Kaczyński argumentierte, dass die Entscheidung der EU den Verträgen widerspreche und dass 2018 „diese Frage in einem positiven Sinne zum Abschluss gebracht werden sollte, aber durch den Widerstand von drei Ländern, Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn, ist sie nicht zum Abschluss gekommen“, d. h. „sie wurde negativ entschieden, und jetzt kommt sie zurück“. Was laut Kaczyński bedeutet, „die

Stabilität der Entscheidung zu untergraben“. „Dies ist ein Element der EU-Krise, aber es betrifft auch Polen, weil es schwierig ist, in einer Organisation zu arbeiten, in den Entscheidungen ständig geändert werden, sogar solche, die vom Standpunkt der Verträge aus gesehen endgültige Entscheidungen sein sollten“, sagte Kaczyński. Er fügte hinzu, dass „auch der Kontext der Entscheidung wichtig ist“, d. h. alles, was in Polen nach Putins Angriff auf die Ukraine passiert ist. „Wir haben damals mehrere Millionen Flüchtlinge aufgenommen, eine Million zweihundert dauerhaft. Wenn man das mit 22.000 Euro [eigentlich 20.000 - Anm. d. Red.] multipliziert, kommt man auf eine Summe von etwa zwanzig bis 30 Milliarden Euro. Und die Hilfe, die wir erhalten haben, beläuft sich, wenn man genau rechnet, auf hundert Euro pro Kopf. Das ist eine Verhöhnung Polens, das ist eine besonders dreiste Diskriminierung. Deshalb werden wir dem nicht zustimmen. Das ist es, womit die Menschen in Polen nicht einverstanden sind.“

Morawiecki macht Angst mit Horrorviertel

„Die Sicherheit steht an der Spitze unseres Wertekatalogs“, sagte Ministerpräsident Mateusz Morawiecki am Donnerstag im Sejm, bereits nach Kaczyńskis Rede zum Thema Einwanderer. Er zitierte Zahlen zur Sicherheit: „96 Prozent der Polen sagen, dass sie sich in ihrer Nachbarschaft sicher fühlen. Sie fühlen sich sicher, weil wir uns um die Sicherheit gekümmert haben“, argumentierte er.

Und wie sieht es im Ausland aus? „In vielen Städten: Paris, Marseille, Rom, Stockholm, haben wir es mit ‚Horrorviertel‘ zu tun, Autos brennen, Reifen brennen, Frauen haben Angst, auf die Straße zu gehen“, beschrieb es Morawiecki.

Er erinnerte an die „Blockade der illegalen Einwanderung“. „Wer sich nicht um seine eigenen, polnischen Interessen kümmere, müsse sich um die Interessen anderer, fremder Interessen kümmern“, sagte er.

Er bezeichnete die ehemalige deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und den ehemaligen Ministerpräsidenten Donald Tusk, an den er sich von der Tribüne aus wandte, als das Gesicht „dieses alpträumhaften Fehlers“: „Manchmal muss man in der Lage sein, zu seinen Verbündeten ‚nein‘ zu sagen, und nicht nur ‚danke‘ oder ‚spasiba‘. Wir Polen wissen, was Solidarität ist, das wird uns niemand beibringen, schon gar nicht die Deutschen. Das ist eine Art von Paranoia“, sagte er.

Er wies darauf hin, dass dies ein „Diktat ist, das auch darauf abzielt, Europa kulturell zu verändern“. „Es gibt weder unsere Zustimmung zur illegalen Emigration noch zur Zahlung für die Nichtzulassung. Wir lassen uns von Kommissaren aus Brüssel oder Berlin nicht vorschreiben, wie wir unsere Grenzen zu schützen haben. So wie wir im Juni 2018 diesen Wahnsinn, diesen Fehler des Tandems Merkel - Tusk blockiert haben, werden wir uns keiner Erpressung beugen“, versprach er. Er wandte sich an die Bürgerplattform: „Anti-Regierungs-Opposition ist Demokratie, aber Anti-Staats-Opposition ist eine Schande.“

„Vorbereitung einer Aktion zur Rettung der PiS“

Einen Tag zuvor wurde auf einer Sitzung des parlamentarischen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten ein Entschließungsentwurf angenommen, der sich entschieden gegen den Umsiedlungsmechanismus ausspricht. Darin heißt es, das gegen den Widerstand Polens und Ungarns verabschiedete Asylverfahren des Rates der Europäischen Union vom 8. Juni 2023 sei eine Wiederholung der großen Migrationskrise von 2014 und 2015 und der „unverantwortlichen Vorschläge“ von damals. „Wir sind nicht damit einverstanden, dass der polnische Staat die sozialen und finanziellen Kosten für die Fehlentscheidungen eines anderen EU-Mitgliedsstaates tragen soll. Die von Deutschland innerhalb der Europäischen Union vorangetriebene, vertragswidrige Politik der ‚offenen Tür‘ hat sich als großer Fehler erwiesen. Ihre negativen Folgen spiegeln sich nun in den Entscheidungen des Rates der Europäischen Union wider. Die früheren Fehlentscheidungen von 2014 und 2015 dürfen sich nicht wiederholen. Die europäische Solidarität kann nicht die Form einer Erpressung annehmen: zahlen oder akzeptieren. Es kann nicht sein, dass Entscheidungen über ein so wichtiges Thema außerhalb der Kontrolle der Mitgliedstaaten oder gegen sie unter Umgehung des Einstimmigkeitsprinzips getroffen werden. Der Sejm der Republik Polen verpflichtet die Regierung der Republik Polen, sich solchen Praktiken entschieden zu widersetzen“, heißt es darin.

In der Resolution heißt es auch, dass die EU-Entscheidung eine Einmischung in die Zuständigkeiten der Staaten darstellt und den Zustrom ausländischer Einwanderer in die Europäische Union verstärken wird.

„Darüber hat die PiS alleine abgestimmt, wir haben den Raum verlassen, denn es ist klar, dass dies ein Wahlkampfgeg der PiS ist“, sagte der Abgeordnete Adam Szapka ([von der Partei] *Nowoczesna*). Er fügte hinzu, dass er davon überzeugt sei, dass es sich um die Vorbereitung eines „größeren Propagandakomplots zur Rettung der PiS“ handle.

Am Donnerstag nahm der Sejm die Resolution mit den Stimmen von Abgeordneten der PiS und der *Konfederacja* an, wobei Rufe wie „Hier ist Polen“ zu hören waren. Am Ende stimmten 242 Abgeordnete dafür. Die KO, die Linke und einige unabhängige Abgeordnete stimmten nicht mit. Die Abgeordneten von PSL und *Polska2050* enthielten sich größtenteils der Stimme.

Wahlen 2023: PiS rechnet mit einer zusätzlichen Million Stimmen

Das von Kaczynski angekündigte Referendum wird keinen Einfluss auf die EU-Entscheidungen über die Umsiedlung und die Sanktionen bei Ablehnung haben. Warum also ein solches Referendum veranstalten?

Wie die „Wyborcza“ festgestellt hat, soll es mit den Parlamentswahlen im Herbst kombiniert werden.

Kaczyńskis Partei hofft, dadurch die flüchtlingsfeindliche Wählerschaft zu mobilisieren. Internen Untersuchungen zufolge soll es der PiS bis zu einer Million Stimmen bringen.

„Wir haben das Referendum mit einer Variante von zwei Fragen getestet: *Sind Sie damit einverstanden, dass Polen illegale Migranten zwangsweise aufnimmt? Und: Sind Sie damit einverstanden, dass Polen für den Unterhalt anderer Länder zahlen sollte, wenn es sich weigert, Migranten aufzunehmen?*“, sagt unser Informant von der PR-Agentur, die im Auftrag der PiS einen Teil der Umfrage durchgeführt hat. „Die Mehrheit der Befragten antwortete auf solche Fragen mit *Nein*“, sagt er.

„In der PiS weiß man, dass Polen nicht von einer Art Invasion von Flüchtlingen bedroht ist, weil wir kein Zielland für sie sind. Es geht darum, die Wählerschaft zu mobilisieren. Ich habe gehört, dass die PiS hier mit fast einer Million Stimmen von denjenigen rechnet, die erkennen, dass nur diese Regierung Polen verteidigen kann“, erklärt unser Informant.

Darüber hinaus gibt es in den öffentlichen und regierungsnahen Medien in den letzten Tagen vermehrt erschreckende Berichte über „Farbige“-Flüchtlinge, über die von ihnen ausgehende Kriminalität und die kulturellen Veränderungen. Gerne wird das Beispiel Schweden angeführt, wo einige Politiker behaupten, dass „der Multikulturalismus das Land zerstört hat“.

Politiker der Vereinigten Rechten: mehr gewinnen als von ‚Lex Tusk‘

„Die Einwanderungspolitik kann als Wahlkampfthema dienen. Und sicherlich wird der Ertrag größer sein als bei der ‚Lex Tusk‘-Kommission. 2015 hat das Thema Einwanderer ein bisschen geholfen“, sagt unser Interviewpartner, der den Wahlkampf des Machtlagers in- und auswendig kennt. Bei der PiS rechnet man mit einer starken Polarisierung. „Die PO wird wie immer ein Spagat machen, sie wird politisch korrekt sein, es wird eine klare Trennung zwischen den Befürwortern und den Gegnern geben“, sagte er. Unser Gesprächspartner betont, dass das Thema „leicht zu bewältigen ist“. „Man kann eine Imagekampagne machen, Angst vor Vergewaltigungen, steigender Kriminalität, brennenden Autos, Einwanderervierteln aus anderen Ländern. Es ist ein tragfähiges Thema für die Mobilisierung“, fügt er hinzu. Seiner Ansicht nach „kann es die Wahlbeteiligung am Wahltag erhöhen“. „Sogar jemand, der nicht für die PiS stimmt, könnte hingehen, weil er denkt, dass die anderen Politiker uns ‚Schwarze‘ bringen werden, so brutal das auch klingen mag, aber das ist es, was viele denken könnten“.

Ein anderer Politiker der Vereinigten Rechten fügt hinzu: „Dann werden wir rauskommen und sagen, wir sind Demokraten, wir können der Gesellschaft nichts aufzwingen.“

[...]

Referendum kombiniert mit Parlamentswahlen

Rechtlich gesehen ist ein Referendum in Verbindung mit einer Wahl zulässig, obwohl von den vier Referenden, die nach 1989 in Polen abgehalten wurden, keines zusammen mit einer Wahl des Sejms und des Senats stattfand.

Ein landesweites Referendum kann vom Sejm mit absoluter Stimmenmehrheit in Anwesenheit von mindestens der Hälfte der gesetzlichen Abgeordnetenzahl oder vom Präsidenten der Republik mit

Zustimmung des Senats mit absoluter Stimmenmehrheit in Anwesenheit von mindestens der Hälfte der gesetzlichen Zahl der Senatoren angeordnet werden.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75398,29872813,referendum-w-sprawie-imigrantow-ma-pomoc-pis-wygrac-wybory.html#S.MT-K.C-B.1-L.1.duzy>

Umfragen vor den Wahlen: ein Pyrrhusmarsch für die Opposition



Quelle: wyborcza.pl

Eine Analyse von **Andrzej Machowski**

Die hohe Beteiligung und der Imageerfolg des Marsches am 4. Juni spiegeln sich nicht in den Umfragen wider. Ja, die KO hat eindeutig gewonnen, aber die demokratische Opposition hat insgesamt verloren.

Vergleichen wir die Umfragen von Estymator, IBRiS und Ipsos, die zwischen dem 11. und 19. Mai durchgeführt wurden, mit den Umfragen derselben Institute, die zwischen dem 5. und 10. Juni durchgeführt wurden, d. h. bereits nach dem Marsch am 4. Juni.

Die von den Studios präsentierten Unterstützungsprozente wurden so umgerechnet, dass sie sich zu 100 Prozent addieren. - so dass es möglich ist, das Verhältnis der für die demokratische Opposition insgesamt (KO, die Linke und der Block PL 2050 + PSL) abgegebenen Stimmen mit den für die PiS und den Bund gemeinsam abgegebenen Stimmen zu vergleichen. Ich habe mehrere Korrekturen an der Anzahl der Sitze vorgenommen, die mit dem mathematischen Modell des D'Hondtschen Systems (d. h. mit dem Rechner von Professor Jarosław Flis) berechnet wurden: Ich habe drei Sitze von der Bürgerlichen Koalition und zwei Sitze von der Linken abgezogen und einen Sitz für den Block PL 2050 + PSL und vier Sitze für die PiS hinzugefügt.

Die Notwendigkeit solcher Korrekturen hängt mit der Tatsache zusammen, dass das mathematische Modell des D'Hondtschen Systems zwei Phänomene „übersieht“, die seinen Annahmen widersprechen. Erstens gibt es eine Korrelation der Ergebnisse mit der Größe der Wahlkreise, die für die PiS günstig und für die KO ungünstig ist (die PiS erhält eine höhere Unterstützung in einer größeren Anzahl kleiner Wahlkreise und

eine geringere Unterstützung in einer geringeren Anzahl großer Wahlkreise, und die KO umgekehrt) - dies führt dazu, dass der Rechner das KO-Ergebnis um etwa einen Sitz überschätzt und das PiS-Ergebnis um denselben Betrag unterschätzt. Zweitens gibt es eine Inkonsistenz zwischen der Anzahl der in den 20 Wahlkreisen gewählten Abgeordneten und der Einwohnerzahl dieser Wahlkreise, was für PiS und PSL vorteilhaft und für KO und die Linksparteien nachteilig ist - aus diesem Grund unterschätzt der Rechner das Ergebnis der PiS um weitere drei Sitze und das Ergebnis der PSL um einen Sitz und überschätzt die Ergebnisse von KO und Linksparteien in beiden Fällen um etwa zwei Sitze.

Die Umfragen von Estymator, IBRiS und Ipsos zeigen in bemerkenswerter Einmütigkeit das gleiche Bild. Bewertungen nach dem Marsch:

- KO stieg im Durchschnitt um 4,2 Prozentpunkte - von 3,8 Prozentpunkten in der IBRiS-Umfrage auf 4,5 Prozentpunkte in der Ipsos-Umfrage;
- Der Dritte Weg (PL 2050 + PSL-Block) fiel im Durchschnitt um 4,2 Prozentpunkte. - Am wenigsten in der Ipsos-Umfrage (um 2,6 Prozentpunkte), am meisten in der IBRiS-Umfrage (um 5,4 Prozentpunkte);
- Die Linkspartei ist im Durchschnitt um 2,3 Prozentpunkte zurückgegangen. - Von 1,1 Prozentpunkten in der IBRiS-Umfrage auf 3,4 Prozentpunkte in der Estymator-Umfrage;
- Die Konföderation legte im Durchschnitt um 2,3 Prozentpunkte zu. - Von 1,7 Prozentpunkten in der Ipsos-Umfrage auf 3,3 Prozentpunkte in der Estymator-Umfrage;
- Die Unterstützung für die PiS ist praktisch unverändert geblieben: Ipsos verzeichnete einen Rückgang der Unterstützung für die PiS um 1,3 Prozentpunkte; IBRiS und Estymator verzeichneten einen leichten Anstieg (um 0,6 bzw. 0,2 Prozentpunkte), was einen durchschnittlichen Rückgang von nur 0,2 Prozentpunkten ergibt.

Der Anstieg der Werte für die KO - bei gleichzeitigem Rückgang der Unterstützung für PL 2050 + PSL und den Linksblock - hat die Situation für die demokratische Opposition insgesamt verschlechtert: Vor dem Marsch war ihre kombinierte Unterstützung um durchschnittlich 4 Prozentpunkte höher als die kombinierte Unterstützung für PiS und Konföderation; nach dem Marsch ist sie im Durchschnitt 0,5 Prozentpunkte niedriger. Dies schlägt sich natürlich in den Mandatsergebnissen der demokratischen Opposition und der PiS und der Konföderation nieder. Schon Mitte Mai sah es nicht gut aus - die Demokraten, die mit drei Listen antraten, konnten mit durchschnittlich 227 Sitzen rechnen; nach dem Marsch sieht es noch schlechter aus, mit 12 Sitzen weniger (basierend auf einer Estymator-Umfrage - 19 weniger, IBRiS - 14 weniger, Ipsos - 3 weniger).

Bei Zunahme der Wahlbeteiligung profitiert am meisten die Konföderation

Zusätzliche, aber ebenso beunruhigende Informationen liefern die beiden hier analysierten IBRiS-Umfragen, wenn man die prozentualen Indikatoren für die Unterstützung der Parteien mit der geschätzten Wahlbeteiligung konfrontiert - 54,5 Prozent in der Umfrage vom 16. Mai und 60 Prozent in der Umfrage vom 6. Juni. Die Zahl derjenigen, die gewählt haben und gleichzeitig entschieden haben, wem sie ihre Stimme geben wollen, war bei der zweiten Messung um 15 Prozent höher als bei der ersten (16. Mai - 15,37 Millionen; 6. Juni - 17,62 Millionen). Die Konföderation profitierte davon am meisten - die Zahl seiner Wähler stieg sogar um 37 Prozent, gefolgt von der KO mit einem Zuwachs von 30 Prozent, an dritter Stelle die PiS mit einem Zuwachs von 17 Prozent und dann die Linke, die einen minimalen Anstieg von 3 Prozent verzeichnete. Der Block PL 2050 + PSL schneidet in dieser Statistik schlecht ab: Trotz eines Anstiegs der Gesamtzahl der Wähler um 15 % hat der Dritte Weg nicht nur nichts gewonnen, sondern sogar 24 % seiner Wähler verloren (in einer Umfrage vom 16. Mai wurde die Zahl der Wähler von PL 2050 + PSL auf 2,45 Millionen geschätzt; in einer Umfrage vom 6. Juni wurde sie auf 1,87 Millionen geschätzt).

Ein Vergleich der Umfragen vor und nach dem Marsch veranschaulicht klar das immer noch wenig verwirklichte Prinzip des D'Hondtschen Systems: Wenn innerhalb eines politischen Lagers (in unserem Fall sind es die KO, der Dritte Weg und die Linke) eine Partei (KO) auf Kosten der anderen Wähler gewinnt (vor allem auf Kosten der PL 2050 + PSL), ändert sich die Anzahl der Sitze, die das Lager insgesamt gewinnt, nicht. Diese Bemerkung richte ich in erster Linie an die Wähler.

Die Politiker hingegen möchte ich an ein altes Sprichwort erinnern: Die Wähler steigen gerne in eine fahrende Straßenbahn ein. Und diese Oppositionsstraßenbahn steht eher, als dass sie fährt. Denn sie besteht aus drei aneinander gekoppelten Waggons mit drei Fahrern - wenn ein Gas geben will, gibt es immer einen, der bremst. Es lohnt sich wirklich, diese drei Wagen gegen einen einzigen großen auszutauschen. Nicht nur die bisherigen Fahrgäste der drei kleinen Wagen werden gerne umsteigen, sondern auch diejenigen, die jetzt an den Haltestellen auf den Fahrplan starren und noch nicht wissen, welche Straßenbahn sie nehmen sollen.

Ihr fragt, ob diese Straßenbahn fahren wird? Sie wird fahren – und zwar schnell.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75968,29872787,sondaze-przedwyborcze-pyrrusowy-marsz-opozycji.html>

Welches Interesse hat die PiS daran, Polen zu entvölkern?



Quelle: wyborcza.pl

Ein Kommentar von **Magdalena Środa**

Welches Ziel verfolgt die PiS und ihre bössartigen ideologischen Anhängsel mit der Entvölkerung Polens? Weil das Kinderkriegen heute zu einem großen Risiko wird, für das sich immer weniger Frauen entscheiden werden.

Vor mehr als 200 Jahren setzten bei Prinzessin Charlotte Augusta, der Enkelin von Georg IV. und Ehefrau von Leopold I., König von Belgien, die Wehen ein. Die schwangere Frau wurde von drei königlichen Ärzten betreut. Die Wehen der 20-jährigen Prinzessin dauerten ... 50 Stunden. Sie brachte ein tot geborenes Kind zur Welt und starb nach einigen weiteren Stunden. Während ihres Leidensweges beobachteten die Ärzte sie, trösteten sie, hielten regelmäßige Konsilien ab, aber sie handelten nicht (obwohl Geburtszangen bereits bekannt waren). Denn sie hielten es für notwendig, sich auf die Kräfte der Natur und den Willen Gottes zu verlassen.

Hat sich seit dieser Zeit etwas geändert? Eine ganze Menge. Nun, in der zivilisierten Welt hat sich die Medizin weiterentwickelt (unabhängig vom Glauben), das Wissen über Hygiene und die Entwicklung des Fötus (unabhängig von der „Lehre“ des heiligen Thomas), die gynäkologischen Fähigkeiten, die Instrumente und vor allem das Bewusstsein für die Autonomie und Würde der Patientin haben sich entwickelt. Das heißt, die Überzeugung, dass die Patientin kein Ding und die Frau kein göttliches Reagenzglas ist.

Vieles hat sich geändert... Jedoch nicht in Polen. Wir haben weitere Fälle von Tod oder ernsthafter

Bedrohung des Lebens von Frauen, mit der Passivität von Ärzten, die sich - wie ihre Kollegen vor 200 Jahren - auf die „Kräfte der Natur“ und den „Willen Gottes“ verlassen, aber auch, und das ist eine gewisse polnische Neuheit, auf das ideologische Diktat einer Partei angegliederten Krankenhausverwaltung und auf den Willen unseres Papstes - eines glühenden Verfechters des Ungeborenen, der nur gebärende Jungfrauen respektierte. Genauer gesagt eine.

Wenn es einzig und allein die Geschichte von Frau Dorota aus Nowy Targ geben würde, wenn religiöse Vorurteile und ideologische Unterwerfung (Zynismus?) in öffentlichen Einrichtungen etwas Seltenes wären, wenn die Passivität der Ärzte nichts mit Politik und der (ansonsten berechtigten) Angst um Arbeitsplätze zu tun hätte, könnte man sagen: tragischer Unfall. Es handelt sich jedoch nicht nur um einen tragischen Unfall. Es ist fast eine tragische Routine.

Erwähnenswert ist, dass einige Monate nach dem Tod von Prinzessin Charlotte einer ihrer Ärzte, von Gewissensbissen geplagt, Selbstmord beging. Polnische Gynäkologen haben sich in einer Erklärung wütend gegen die Zerstörung ihrer Autorität gewehrt und behauptet, dass jede Form der Anschuldigung die Beziehung zwischen Patientin und Arzt zerstört und die Behandlungsergebnisse negativ beeinflusst.

Es ist bemerkenswert, dass die meisten von der Lehre Johannes Pauls II. wissen, dass er Abtreibung verurteilt hat, aber nicht, dass er auch den Gebrauch des eigenen Gewissens gepredigt hat. Das Gewissen vieler Ärzte meldet sich jedoch nur zu Wort, wenn es darum geht, Abtreibungen oder medizinische Eingriffe bei Schwangerschaften, die das Leben von Frauen bedrohen, abzulehnen. Bekanntlich hat schon der heilige Thomas, und nicht nur der Vorsitzende Kaczyński, behauptet, die Frau sei sündig und der Fötus unschuldig.

Und denke ich mir so, was eigentlich das Ziel der PiS und ihrer bössartigen ideologischen Anhängsel bei der Entvölkerung Polens ist? Denn Kinder zu bekommen ist heutzutage ein großes Risiko, für das sich immer weniger Frauen entscheiden. Geht es um eine Wahltaktik (hat die PiS Angst, dass sich die Opposition vervielfacht?), oder um größere Effizienz in der Verwaltung (kleinere Länder werden besser von kleinen Leuten verwaltet?), oder ist es ein Akt des kollektiven Selbstmords, weil die PiS, eine Niederlage spürend, nicht will, dass die Nation weiter existiert? Oder geht es um die Tatsache, dass nur Jungfrauen gebären sollen?

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75968,29860480,jaki-interes-ma-pis-w-wyludnianiu-polski.html>

Michalik an die Oppositionspolitiker: Fallen Sie nicht darauf herein wie die letzten Naiven



Eliza Michalik

Quelle: natemat.pl

Von **Eliza Michalik**

Der Marsch am 4. Juni war ein großer Erfolg, aber wenn er ein Motor für Veränderungen werden soll, dürfen die Oppositionspolitiker jetzt nicht verschlafen. Im Gegenteil: Um die Wirkung des Marsches nicht zu verspielen, muss gehandelt werden - klug und sofort.

Jeder, der schon einmal in seinem Leben an einer Demonstration teilgenommen hat, weiß, dass ein erfolgreicher Protest ein Gefühl der Verbundenheit und der Solidarität schafft, es uns ermöglicht, gezählt zu werden und das Vertrauen zu gewinnen, dass unsere Forderungen und Träume eine Chance haben, wahr zu werden. Er gibt uns ein Gefühl von Macht und Handlungsfähigkeit, holt uns aus der Apathie und Hoffnungslosigkeit heraus. Diese Wirkung hält jedoch nur eine Zeit lang an.

Außerdem sollte man nicht vergessen, dass kein noch so großer und schöner Protest die PiS allein besiegen kann. Es muss sich aber etwas ändern, damit die Mehrheit der Polen zur Wahlurne geht.

Wie kann das gelingen?

Die PiS hat Polen mit der Methode „wie ein Rüpel“ der Demokratie beraubt - einfach durch die Anwendung von Gewalt gegen staatliche Institutionen und Bürger. Die demokratische Seite wird diesen Weg nicht einschlagen, denn die Menschen, die auf der Seite des Gesetzes und der Prinzipien stehen, werden erst dann auf die Straße gehen, wenn die autoritäre Macht sie zum Äußersten getrieben hat.

Vorerst lohnt es sich daher, sich an das zu erinnern, was Garton Ash in seinen Werken über den Übergang von der Autokratie zur Demokratie geschrieben hat: Er führte den Neologismus „Revolution“ in die Politikwissenschaft ein, was bedeutet, tiefgreifende, wichtige Veränderungen vorzunehmen, aber auf friedliche, aber entschiedene Weise.

Damit im Herbst in Polen ein echter und dauerhafter Wandel stattfinden kann, muss der Boden bereitet und die Voraussetzungen geschaffen werden.

Und das geht nur über eines - und das sage ich jetzt zu Holownia und Kosiniak-Kamysz: Es muss eine einzige Liste der vereinigten Opposition geben. Wenn Sie dem nicht zustimmen, bedeutet das, dass Sie mit der PiS zusammenarbeiten und ihr zuarbeiten. So sieht es die Wahlmathematik vor, und das ist unbestritten.

Ein Hinweis an die Linke: Hören Sie auf, davon zu sprechen, dass Sie sich am Rande halten, um „während der Debatte ein Programm zu erstellen“, denn das ist reine Feigheit. Das einzige Programm für Polen, jetzt, am Vorabend des sich dem Land nähernden Autoritarismus, besteht darin, die PiS von der Macht zu entfernen. Und dann, in Übereinstimmung mit der Verfassung, diese Partei zu verbieten, ihre Mitglieder, einschließlich der Regierungsmitglieder, die Straftaten begangen, ihre Befugnisse überschritten und zum Schaden des öffentlichen Interesses gehandelt haben, vor Gericht zu stellen und zu inhaftieren sowie ihr kriminelles Vermögen auf der Grundlage eines von ihr eingeführten Gesetzes zu beschlagnahmen.

Außerdem muss ein Dienst eingerichtet werden, der untersucht, ob sich unter den führenden polnischen Politikern nicht ein russischer Agent befindet, denn es gibt zu viele Hinweise darauf, um diesen Fall ohne Konsequenzen zu lassen. All dies muss nicht nur im Namen von Recht und Ordnung geschehen, sondern auch als Präventivmaßnahme, damit es niemandem mehr in den Sinn kommt, dass es möglich ist, Polen auf solch kriminelle Weise zu behandeln, die Stimme der Wähler zu missachten, internationale Gesetze und Verträge zu brechen und den Staat zu bestehlen.

Wer diese Wahlen wirklich gewinnen will, kann und darf derzeit kein anderes Ziel verfolgen.

Nur eine solche Vorgehensweise wird den Boden schaffen, auf dem in Polen nach der PiS etwas Neues, Gesundes und Kluges aufgebaut werden kann.

Wenn Sie, liebe Linke, Holownia und Kosiniak-Kamysz sich also wie immer verhalten und Ihre infantilen Streitigkeiten, wie unreife Buben in kurzen Hosen, über das Interesse Polens stellen, kommt das unter diesen politischen Bedingungen einem Verrat am Staat und an den Wählern gleich.

Was Sie jetzt brauchen, ist Mut und Klarheit im Handeln.

Wenn Sie all das nicht tun, dann wird, selbst wenn die Opposition wie durch ein Wunder (und es wird ein echtes Wunder nötig sein) die Wahlen gewinnt, schnell wieder eine Form des Autoritarismus auftauchen, der sich demokratischer Verfahren und Institutionen bedient, genau wie es die PiS getan hat. Handeln Sie also entschlossen und rücksichtslos und haben Sie dabei keine Angst vor der Kritik der PiS, schenken Sie ihr keine Beachtung, kümmern Sie sich nicht darum, wenn die PiS sagt, dass Sie Rache nehmen und dass das, was Sie tun, undemokratisch ist.

Denken Sie daran, dass die PiS, wie jede autoritäre Gruppierung, demokratische Sprache und Verfahren verwendet, um die Demokratie zu zerstören. Fallen Sie nicht darauf herein, wie die letzten naiven Menschen. Sie haben die Pflicht, erwachsen zu werden – und dafür zu sorgen, dass die Bürger in einem normalen, freien Polen leben.

Zsfg.: JP

<https://natemat.pl/492188,michalik-do-politykow-opozycji-nie-nabierajcie-sie-na-to-jak-naiwniaczy>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: wprost.pl

" Wir können mit der PiS über die Bedingungen ihrer Kapitulation beraten.
Über die Zukunft werden wir im Kreis der Patrioten diskutieren."

Donald Tusk

Quelle: https://twitter.com/donaldtusk/status/1667207263545638922?t=0c21Oi_F3FhwMkJEqc8FKg&s=19

zdf.de

"Fühle mich als Frau in Polen nicht sicher"

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/polen-protest-frauen-rigides-abtreibungsgesetz-100.html>

juedische-allgemeine.de

Polen: Angriff auf die Wissenschaft

<https://www.juedische-allgemeine.de/meinung/polen-angriff-auf-die-wissenschaft/>

zeit.de

Polen beruft nach Fund toter Fische Krisenstab ein

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-06/goldalge-polen-tote-fische-krisenstab>

welt.de

Der Ukraine-Rabatt der Polen ist aufgebraucht

<https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus245781770/EU-Der-Ukraine-Rabatt-der-Polen-ist-aufgebraucht.html>

faz.net

Zeitvorteil kämpft gegen Expertise

<https://www.faz.net/aktuell/wissen/geist-soziales/verzerrungen-polnischer-aktivisten-in-der-wikipedia-18944248.html>

DEKODER auf Deutsch

<https://dekoder.com.pl/deutsch-artikel/>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik